

Rechter Kampf um die Betriebe – zum historischen und aktuellen Aufbau rechter Betriebsgruppen am Beispiel der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation NSBO und „Zentrum (–Automobil)“¹

Bei den Wahlen 2022 drängten rechte Kandidaten wieder in die Betriebsräte.² Kern dieser rechten Versuche, Einfluss in den Betrieben zu gewinnen, ist das „Zentrum“, wie sich die Gewerkschaft „Zentrum – Automobil“ heute nennt, im Daimler-Werk Untertürkheim. Die „Höcke-nahe“ Organisation versteht sich als Opposition gegen die bestehenden Einheitsgewerkschaften, lehnt klassisch, Internationalismus sowie den „Klassenkampfgedanken Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber“ ab und betont stattdessen deren gegenseitige Abhängigkeit und die „Stärkung des Nationalstaatsgedankens“.³ Neben dem „Zentrum“ gibt es weitere Versuche, rechte, völkische Gewerkschaften zu etablieren wie den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschlands“ (ALARM), die erneut auf eine „Volksgemeinschaft“ hin

¹ Die Gewerkschaft „Zentrum – Automobil“ hat sich 2022 in „Zentrum – Die alternative Gewerkschaft“ unbenannt, um auch über die Automobilindustrie hinaus aktiv zu werden. So ist die Gewerkschaft seit kurzer Zeit auch im Gesundheitswesen aktiv, siehe: [<https://zentrum-gesundheit-soziales.de/>]. Im vorliegenden Artikel geht es vorrangig um die Aktivitäten von „Zentrum – Automobil“.

² Grundlage des vorliegenden Textes ist ein Referat, das der Verfasser auf Einladung einer Arbeitsgruppe der IG Metall, die sich mit dem Eindringen rechter Gruppen in einige Betriebe und Betriebsräte auseinandersetzt, im Juni 2023 in Leipzig gehalten hat. Die Kolleginnen und Kollegen hatten Interesse an Informationen zur Geschichte, zur Politik und den Ergebnissen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Inhaltlicher Bezugspunkt der folgenden Ausführungen ist vor allem die 1995 veröffentlichte Dissertation des Autors. Der Autor bedankt sich bei Julia Niekamp und Petra Ben Said für die kritischen Anregungen und Korrekturvorschläge.

³ Vgl. dazu [www.labournet.de/politik/gw/gw-in-d/igm/zentrum-automobil-e-v-eine-neofaschistische-betriebsgruppe-bei-daimler-stuttgart/]; [<https://zentrum-automobil.de/>].

orientieren. Zwar sind diese Versuche bislang nicht über sehr bescheidene Ansätze hinausgekommen. Gleichwohl erreichte das „Zentrum“ in Untertürkheim bei der Betriebsratswahl 2022 immerhin sieben Sitze (IG Metall 36 Sitze) und auch in anderen Betrieben sitzen rechte Kandidaten in Betriebsräten, so bei Daimler Rastatt (3 Sitze), bei Stihl Waiblingen (2) oder bei VW Zwickau (2). Diese rechten Einbrüche spalten die Belegschaften, indem sie versuchen „deutsche“ Beschäftigte gegen zugezogene auszuspielen und gefährden auf diese Weise die notwendige gewerkschaftliche Solidarität in einer nach wie vor feindlichen kapitalistischen Gesellschaft. Nicht nur angesichts des vorhandenen AfD-WählerInnenpotentials in den Betrieben und selbst unter Betriebsräten und gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen wäre es gefährlich, diese Entwicklung zu ignorieren oder auch nur zu unterschätzen. Ohne vorschnelle Analogien zu ziehen, erscheint es auf jeden Fall sinnvoll, einen Blick zurück auf den verheerenden historischen Versuch der völkischen deutschen Rechten zu werfen, die Betriebe für die „Volksgemeinschaft“ zu erobern. Parallelen, auch vergleichbare Brüche, sind jedenfalls erkennbar.

NSBO oder der „Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“⁴

Am 24. Januar 1933, also wenige Tage vor der Etablierung des Kabinetts Hitler, fragte Reinhold Muchow, Organisationsleiter der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO), bei allen Dienststellen der Organisation an, „inwieweit die NSBO in der Lage ist, lebenswichtige Betriebe (wie Gas-, Elektrizitäts-, Wasser-Werke, Gruben, Bahnanlagen, Bahnhöfe, Feuerwehr, Sender) ohne Gefährdung des Betriebs weiterzuführen“.⁵ Eine wesentliche Sorge der NSDAP-

⁴ In: Völkischer Beobachter (VB), 09./10.08.1925.

⁵ Teile dieses Absatzes sind aus dem Artikel Joachim Bons, Der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters (künftig zitiert: Der Kampf), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 25 (1989), S. 11–41 entnommen, Zitat hier S. 11.

Strategen⁶ beim eigenen Griff nach der Staatsmacht war es, einer Wiederholung der Kapp-Putsch-Ereignisse von 1920 vorzubeugen: ein von den Linksparteien und den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik hatte den von Freikorps durchgeführten konterrevolutionären Putsch, der die Regierung zur Flucht aus Berlin veranlasst hatte, schnell zum Scheitern gebracht. Es waren aber nicht allein machttaktische, sondern durchaus auch grundlegende ideologische Überzeugungen, die die Partei von Beginn ihrer Entwicklung an den „Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“ führen ließ.

Als entscheidendes Ziel und eigentliche politische Aufgabe des Nationalsozialismus (NS) ist von Hitler und anderen NS-Führungspersonen immer wieder die „Bekämpfung des Marxismus, positiv ausgedrückt, [die] Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft“ betont worden.⁷ Die Nationalsozialisten sahen das „deutsche Volk in zwei Hälften zerrissen“ (national versus sozialistisch / internationalistisch) und die Nation daher außerstande, ihre Kraft nach außen (im „Kampf ums Dasein“) zu richten, da „die ganze Kraft [...] restlos absorbiert [wird] vom Kampf innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft“.⁸ Für Hitler war der „Mann von links [...] Pazifist nach außen und Terrorist nach

⁶ Die durchgängige Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache ist bei der Behandlung dieses Themas leider kaum möglich und meines Erachtens auch nicht wünschenswert. Nicht allein, weil in zitierten Quellen und Literatur eine derartige Differenzierung nicht vorgenommen wird, sondern vor allem, weil es in der NS-Bewegung (außerhalb der Frauenverbände) keine Frauen in höheren Führungspositionen gab. So hatte bereits im Januar 1921 die NSDAP den Beschluss gefasst, dass eine Frau weder Mitglied der Parteiführung noch eines leitenden Ausschusses werden könne und folgerichtig war diese die einzige Partei im Reichstag ohne eine einzige weibliche Abgeordnete. Auch in der Führung der NSBO sah es nicht anders aus. Ein konsequentes Gendern käme daher hier einer Verharmlosung der tatsächlichen Misogynie der NS-Ideologie und -Bewegung gleich. Vgl. zur frauenpolitischen Beschlusslage und Praxis der NSDAP Joachim Bons, Nationalsozialismus und Arbeiterfrage (künftig zitiert: Nationalsozialismus), Pfaffenweiler 1995, S. 247 ff.

⁷ Vgl. Schreiben von Hermann Fobke vom 2. Februar 1925, in: Bundesarchiv (künftig zitiert: BArch), NS 26/899, sowie auch Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1939 (Erstauflage 1925) S. 366 f.

⁸ Adolf Hitler, Rede in Heidelberg 1927, in: BArch, NS 26/52, Bl. 3 ff., siehe auch im Nachdruck [<https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/RVSFYMHIZI5YXIFTIHIRI4B6N0AIJT3M>].

innen“.⁹ Daher rührt auch die erbitterte Feindschaft gegenüber dem Ersten Mai mit seinem Internationalismus und Klassenkampf.

Historischer Hintergrund war der verlorene Weltkrieg: das Trauma der gesamten deutschen Rechten, die die Niederlage nicht als Resultat der Überlegenheit der Feindmächte, sondern als „Dolchstoß“ interpretierten, mit dem die Heimatfront in Gestalt der „marxistisch verhetzten“ Arbeiterinnen und Arbeiter, dem unbesiegten Feldheer in den Rücken gefallen war. Jeder deutsche Wiederaufstieg, historisch konkret, die militärische Revanche für den verlorenen Ersten Weltkrieg, setzte daher voraus, wieder „die Masse unserer Arbeitnehmer [...] als geschlossenen, wertvollen, national fühlenden und national sein wollenden Faktor in die Volksgemeinschaft zu überführen“.¹⁰ Ein November 1918 mit seiner Revolution, seinen Arbeiter- und Soldatenräten, die den Krieg beendeten und die Monarchie stürzten, dürfe sich nicht wiederholen. Die Nationalsozialisten präsentierten auf diese Weise ein volksgemeinschaftliches Konzept zur Integration der ArbeiterInnenklasse, das ein gutes Stück der Attraktivität der NSDAP für bürgerliche Kreise ausmachte.¹¹

Die „Volksgemeinschaft“, bis heute ideologischer gesellschaftspolitischer Mittelpunkt aller rechten Sehnsüchte, bedeutet auf der einen Seite die Ausgrenzung aller „völkisch“ nicht dazugehörenden Teile der nationalen Bevölkerung und andererseits die innere Einheit ihrer vermeintlich eigentlich zusammengehörenden, aber künstlich gespaltenen Teile, konkret der abhängig Beschäftigten auf der einen und der „produktiven“ deutschen beziehungsweise „arischen“ Unternehmer auf der anderen Seite. Zentral für die Konstruktion einer derartigen Volksgemeinschaft ist der nationalsozialistische Arbeitsbegriff: dieser vereint Lohnabhängige wie nationale Unternehmer unter dem Ideologem der „Schaffenden“ beziehungsweise der „Arbeiter der Stirn und Faust“.¹²

⁹ Ebd., Bl. 32.

¹⁰ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 7), S. 374.

¹¹ Vgl. etwa Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933*, Göttingen 1981, S. 159 ff., S. 197.

¹² Vgl. dazu Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 38 ff.

Beide gemeinsam, Arbeiter wie Unternehmer, seien wertschaffend. Mit der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit der Lohnabhängigen durch das fungierende Kapital, das heißt mit der Anerkennung des Ausbeutungsverhältnisses von Kapital und Arbeit, ist jedenfalls keine „Volksgemeinschaft“ zu haben.¹³ Ausbeutung vollzieht sich für den Nationalsozialismus stattdessen vielmehr als Raubzug des als volksfremd benannten, nicht „schaffenden“, sondern „raffenden“ internationalen Finanzkapitals gegen die vorgeblich gemeinsam Wert schaffenden und zusammengehörenden Teile des deutschen Volkes, Arbeiter und produktive deutsche Unternehmer. Beide gleichermaßen würden auf diese Weise durch das „raffende“ Kapital um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Diese „volksfremde Macht“ der ausbeutenden Nicht-Arbeit erfährt bekanntlich eine „rassische“ Präzisierung: den im antisemitischen Vorurteil traditionell mit Geld / Zins, der Zirkulationssphäre identifizierten, über die ganze Welt verbreiteten „Juden“,¹⁴ gegen den sich das produktive deutsche Volk zusammenschließen und wehren müsse. Der oft bemühte NS-Antikapitalismus erweist sich im Kern also als Antisemitismus.¹⁵

Auch Björn Höcke, der ebenfalls an die „kleinen Leute“ herankommen will, orientiert heute auf die Nation als Schicksalsgemeinschaft, gegen den „internationalen Finanzkapitalismus“ und sieht die soziale Frage eben nicht primär in der Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, sondern in der von „innen nach außen“.¹⁶

„Der Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters“ war für den Nationalsozialismus also nicht, wie in der Literatur häufig vertreten,

¹³ Zur Debatte zum Begriff der „Volksgemeinschaft“ siehe bspw. Michael Schneider, Kontroversen um die „Volksgemeinschaft“. Zu neueren Arbeiten über die Gesellschaft des „Dritten Reichs“, in: Archiv für Sozialgeschichte, 60 (2020), S. 381–434 [https://library.fes.de/pdf-files/afs/bd60/afs60_18_schneider.pdf]

¹⁴ Siehe etwa VB (wie Anm. 4): Antibolschewistische Sondernummer, August 1925.

¹⁵ Siehe Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 115 ff.

¹⁶ Vgl. Severin Weiland, Wie die AfD bei SPD und Linken fischt, in: Spiegel (online), 17.7.2018, [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bjoern-hoecke-will-bei-spd-und-linken-wildern-a-1217871.html], Stephan Kaufmann, „Völkische Ideologie ist ein Sprengsatz für Solidarität“, in: Frankfurter Rundschau (online) vom 4. Januar 2018, [voelkische-ideologie-sprengsatz-solidaritaet-10975878.html] und Stefan Dietl, Die AfD und die soziale Frage, Münster 2017, S. 62 f.

allein von machttaktischen Überlegungen (Bevölkerungsmehrheit), sondern auch von grundlegenden ideologischen Überzeugung bestimmt. Dazu gehörten von Anfang an (sozial)politische Verheißungen ebenso wie der mit allen Mitteln geführte Angriff auf die Organisationen der „marxistischen“ ArbeiterInnenbewegung. Da der (Klassen-)Kampf Arbeiter gegen Unternehmer in den Augen der Nationalsozialisten die Nation spaltete und schwächte, jeder Streik die Wirtschaft schädigte, wurde für den kommenden NS-Staat kategorisch der soziale Ausgleich auf Basis national „geläuterter“ Unternehmer durch einen starken Staat angekündigt. Der Staat hatte dann einzugreifen, wenn Konflikte im Betrieb durch unsoziales oder unvernünftiges Unternehmerhandeln aus dem Ruder liefen. Mit dieser Verlagerung der etablierten Formen gesellschaftlicher Konfliktaustragung und Tarifautonomie in autoritär ausgleichendes Staatshandeln mussten Gewerkschaften ihre Daseinsberechtigung oder zumindest ihre Autonomie und traditionellen Funktionen verlieren. Selbständige, konfliktorientierte Gewerkschaften, kollektive Interessenvertretungen von „unten“ sind mit der Volksgemeinschaftsideologie jedenfalls grundsätzlich unvereinbar.

Während der Herrschaft des liberal-kapitalistischen Staates, der die Aufgabe eines sozialen Ausgleichs gerade nicht übernahm, konnten allerdings Gewerkschaften (wenn nicht „klassenkämpferisch“) als unzureichender „Notbehelf“ gegen soziale Missstände auch aus Sicht der Nationalsozialisten national nützlich und damit legitim sein. Daher finden sich im NS-Schrifttum unterschiedliche Einstellungen gegenüber Gewerkschaften und Streiks während der Weimarer Republik und für die Zeit des künftigen NS-Staates.¹⁷

Da die NS-Propaganda an diesen ideologischen Vorgaben offen festhielt, war der während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus festzustellende hartnäckige politische Versuch, die „marxistischen“ Arbeiter

¹⁷ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 254 ff., 258, 335 ff. Siehe auch: Wolfgang Zöllitsch, Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936, Göttingen 1990 sowie Günther Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt a. M. 1993.

zu gewinnen, von Anfang an mit Hypotheken und Widersprüchen belastet. So wirkte die Politik der Nationalsozialisten in der ArbeiterInnenklasse letztlich immer polarisierend. Zwar blieben Arbeiter und Arbeiterinnen in der nationalsozialistischen Massenbewegung unterrepräsentiert und ihr Zustrom aus dem vor allem anvisierten „marxistischen“ Lager lag letztlich deutlich hinter den formulierten Zielen und Erwartungen zurück. Gleichwohl belegen die fundierten und nach wie vor gültigen Schätzwerte von Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch, nach denen bei der Reichstagswahl im Juli 1932 rund 27 Prozent und im März 1933 etwa 33 Prozent der wahlberechtigten Arbeiter für die NSDAP votiert haben, in welchem starkem Ausmaß es der Partei gelungen war, auch Arbeiter zu mobilisieren.¹⁸

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise mit ihrem dramatischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit gewannen offenbar biologistische Ausgrenzungsstrategien in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt (Frauen, „Volksfremde“) an Attraktivität. Die propagierte Perspektive einer nationalen Volksgemeinschaft mit harmonisierten Klassenbeziehungen und einem starken, fürsorglich-schützenden autoritären Staat erschien wohl Teilen der Lohnabhängigen nicht nur als Alternative zum versagenden Weimarer Staat, sondern gleichzeitig zur Politik und den Transformationszielen der nicht ohne eigenes Verschulden in die Defensive geratenen Linksparteien. Damals wie heute gilt: Bei fehlendem Vertrauen in die eigene Kraft kann die Flucht in fürsorglichen starken Schutz von „oben“ offenbar attraktiv erscheinen, sie signalisiert daher immer auch eine Schwäche linker, emanzipatorischer Antworten.¹⁹

Der Zuspruch beziehungsweise eben die entschiedene Ablehnung war bei den einzelnen Berufsgruppen allerdings höchst unterschiedlich. So wiesen Lohnabhängige aus dem Agrarbereich, aus kleinen, handwerklich organisierten Betrieben sowie aus kommunalen Versorgungsbetrieben und dem Handelssektor eine erkennbar größere Anfälligkeit

¹⁸ Vgl. dazu Jürgen W. Falter / Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 26 (1986), S. 179–216, hier: S. 214 ff.

¹⁹ Vgl. dazu auch Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 86 ff.

gegenüber dem Nationalsozialismus auf als Industriearbeiter. Arbeitslose Arbeiter waren eher unter-, arbeitslose Angestellte eher überrepräsentiert. Zwar waren es politisch eher kleinbürgerlich-nationalistisch orientierte Lohnabhängige, die die NSDAP wählten, aber auch die Linksparteien blieben nicht von schmerzhaften Verlusten verschont. Wobei betont werden muss, dass sie neben dem Zentrum die „höchsten Haltequoten“ auswiesen.²⁰ Entsprechend klagten denn auch NSBO-Aktivisten immer mal wieder, „wie schwer es [sei], einen verhetzten irreführten marxistischen Arbeiter zu bekehren“.²¹

Eigene NS-Gewerkschaften?

Jede „Fühlungnahme mit marxistischen Arbeitern“ konfrontiere die eigenen Werber unvermeidlich mit der Frage nach der Haltung der Partei zum Gewerkschaftsproblem: „Der Arbeiter will wissen“, so die Propaganda-Abteilung des Gaus Süd-Hannover-Braunschweig 1931, „welche Sicherungen wirtschaftlicher Art für ihn im NS-Staat in Frage kommen“.²² Gerade in dieser Frage hatte die NSDAP allerdings lange Zeit nicht allzu viel zu bieten. Hitler hatte in *Mein Kampf* eine nationalsozialistische gewerkschaftliche Betätigung zwar allgemein befürwortet, eine eigene Gewerkschaftsgründung aber auf jenen unbestimmten Zeitpunkt vertagt, an dem „ein Kopf erschiene, der vom Schicksal ersichtlich zur Lösung gerade dieser Frage berufen“ sei. Bis zu diesem Tag hatte er seinen Parteigenossinnen und Parteigenossen (PG) empfohlen, in ihren bisherigen Gewerkschaften zu bleiben.²³ Diese Aussichten dürften allerdings weder für die Parteisprecher, die die Agitationsanforderungen im Arbeiterbereich betonten, noch für nationalsozialistische Arbeiterinnen und Arbeiter, die aus welchen Gründen auch immer außerhalb der bestehenden Gewerkschaften standen und nach eigenen Vertretungsorganen verlangten, übermäßig hilfreich

²⁰ Vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 206 f., 229 f., 310 f.

²¹ VB, 31.03.1931, vgl. auch VB, 28.05.1930.

²² Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig zitiert: HStAH), Hann 310 I, B 2/I, Bl. 120.

²³ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 7), S. 682 u. S. 679.

gewesen sein. In Hitlers Abneigung gegen eine schnelle Gründung eigener Gewerkschaften dürfte neben finanziellen Überlegungen und der verständlichen Besorgnis, mit den etablierten Gewerkschaften konkurrieren zu müssen, auch das Bedenken zum Ausdruck gekommen sein, der Austragung ohnehin virulenter sozialer Konflikte in der eigenen Partei eine organisatorische Plattform zu schaffen und die politische Geschlossenheit der nationalsozialistischen Volksbewegung zusätzlich zu belasten. Da er aber die grundsätzliche Nützlichkeit eigener Gewerkschaften offensichtlich nicht in Frage stellte und von wesentlichen Parteikräften bedrängt wurde, kann es nicht überraschen, dass seine Haltung in der Gewerkschaftsfrage widersprüchlich und hinhalten blieb.

Verbindungen bestanden zwar zu nationalen Verbänden wie dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“ (DHV) und kleineren, regionalen völkischen Gewerkschaften wie der „Großdeutschen Gewerkschaft“ (deren Mitglieder nach Auflösung des Verbandes 1932 der NSBO beitraten). Übernahmeangeboten gegenüber aber übte Hitler weiterhin Zurückhaltung.²⁴ Die parteiinternen Kontroversen um die Gründung eigener Gewerkschaften gingen jedenfalls unvermindert weiter. In diesem Zusammenhang brachten bereits im Jahr 1925 der *Völkische Beobachter* und Nationalsozialisten aus der Tschechoslowakei, die Rudolf Heß mit Hinweis auf eigene Gewerkschaften im Land als „Sachverständige“ vorstellte, als ersten Schritt zur Lösung des Gewerkschaftsproblems eine Zellen Gründung in den Betrieben ins Spiel, die es erlaubte, dort „agitatorisch und propagandistisch tätig zu sein“.²⁵ Auch solche betrieblichen Gründungen wurden von der Parteiführung aber zu diesem Zeitpunkt noch ausgeschlossen. Mit dem Anwachsen des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs nahm daher der Druck aus den Betrieben entsprechend weiter zu und NS-Be-

²⁴ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 282 ff., 287 ff.

²⁵ Vgl. VB, 09./10.08.1925, Schreiben von Rudolf Heß vom 4. Juni 1925, in: HStAH, Hann 310 I, A 8/II, Bl. 216.

etriebszellen entwickelten sich auch ohne offiziellen Beschluss von „oben“.

Der Angriff auf die Betriebe – der Aufbau nationalsozialistischer Betriebszellen

Erste Hinweise auf die Existenz nationalsozialistischer Betriebszellen finden sich bereits für die Jahre 1926/27, so für Zwickau 1926.²⁶ Im Verlauf des Jahres 1927 kam es zum betrieblichen Zusammenschluss von Nationalsozialisten bei der Berliner Knorr-Bremse AG und zu Zellen Gründungen in weiteren Betrieben der Stadt. Auch in anderen Gebieten des Reichs lassen sich in dieser Zeit vereinzelt Zellenbildungen feststellen, unter anderem in Sachsen, im Ruhrgebiet und in Stuttgart. Der Schwerpunkt dieser eher bescheidenen Anfänge nationalsozialistischer Betriebszellen lag dabei eindeutig im Bereich des Gaus Berlin. Diesem von Goebbels geführten Gau wird eine gewisse Vorreiterrolle bei der Entstehung der NSBO zugesprochen werden müssen, da Goebbels diese Entwicklungen uneingeschränkt förderte, was keineswegs von allen Gauleitern gesagt werden kann. Der Gau Berlin war es auch, der 1928 begann, die isoliert arbeitenden und wildwachsenden Zellen offiziell anzuerkennen und unter eine zentrale Leitung zu stellen.²⁷

Obwohl die von Hitler zumindest stillschweigend gebilligte Ausbreitung besonderer Arbeitnehmerorganisationen, die zudem von vornherein unter Hervorhebung des politischen Aspektes propagandistische Momente mit sozialpolitischen Anliegen verknüpften, zwangsläufig auf Widerstände in der nationalsozialistischen Volksbewegung stieß, erfolgte auf dem NSDAP-Parteitag von 1929 der Beschluss zur Gründung einer NSBO auf Reichsebene. Wenn es nach langem Zögern Hitlers seitdem auch parteioffiziell zur Etablierung eigener Betriebszellen kam, dann sicherlich zum einen, weil mit dem starken Wachstum

²⁶ Nationalsozialistische Briefe. Halbmonatsschrift für nationalsozialistische Weltanschauung (künftig zitiert: NS-Briefe), 15.04.1926.

²⁷ Vgl. Der Angriff. Das deutsche Montagsblatt, 02.07.1928, und zu diesem Komplex Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 289 ff.

der Partei der Handlungsdruck in dieser Frage zunahm, zum anderen, weil drängende politisch-agitatorische sowie machttaktische Überlegungen für diesen Schritt sprachen, zudem ihn der größere politische Handlungsspielraum inzwischen auch eher zu wagen erlaubte. Da sich die herkömmlichen Instrumente der nationalsozialistischen Arbeiterpolitik in Massenversammlungen, Printmedien oder Straßenpropaganda, wie in der Partei immer wieder kritisiert wurde, längst als höchst unzureichend erwiesen hatten, um den „Marxismus“ in der Arbeiterklasse zu überwinden, sollte der Kampf nun in dessen „Hauptbastionen“, in die Betriebe, getragen werden, wo sich der „politische Gegner“, wie *Der Angriff* 1929 erwartungsvoll formulierte, endlich „stellen mußte“.²⁸ Die NSBO sollte, wie schon gezeigt, zudem dafür sorgen, dass der Nationalsozialismus im Falle der Machtübernahme nicht einer geschlossenen marxistischen Abwehrfront gegenüberstand und im Falle eines Generalstreiks lebenswichtige Betriebe weitergeführt werden konnten. Ein erfolgreicher Widerstand in den Betrieben wie beim Kapp-Putsch durfte sich nicht wiederholen.

Gleichwohl weist schon die zeitliche Diskrepanz zwischen dem Gründungsbeschluss 1929 und der offiziellen Etablierung der NSBO auf Reichsebene im Januar 1931 auf weitere Widerstände in der Partei hin, die die Erfolgsaussichten der Organisation von vornherein beeinträchtigen mussten. So beschwerte sich beispielsweise der politische Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Bergedorf, die NSBO „zerfleische die eigene Ortsgruppe“.²⁹ In Hamburg versuchte die Parteiführung, den Dienst von PG und SA-Aktivisten in der NSBO zu verhindern³⁰ und die Reichsorganisationsleitung klagte darüber, „daß bestimmte politische Leiter keine Ahnung vom Wesen der NSBO haben und somit die Arbeit ‚sabotieren‘“.³¹ Andererseits entsprach die Bildung eigener Organisationen offensichtlich einem weit verbreiteten Bedürfnis innerhalb des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs. Die Betriebszellen-

²⁸ *Der Angriff*, 22.07.1929.

²⁹ Bergedorf zitiert in: Schreiben Karl Herwig vom 3. März 1932, in: BArch, NS 22/1052.

³⁰ Vgl. Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 295 f.

³¹ Rundschreiben der Reichsorganisationsleitung, Nr. 4/1932, S. 10, in: BArch, NS 26/283.

bewegung bereitete sich jedenfalls rasch über das gesamte Reich aus und verzeichnete einen stetigen Mitgliederzuwachs: Nach eigenen Angaben organisierte die NSBO im März 1931 nur 4.131 Mitglieder, Ende des Jahres waren es bereits fast 40.000 und im Verlauf des Jahres 1932 fast 300.000.³²

In der Anordnung der Reichsorganisationsleitung vom Dezember 1930 an die Gauleiter wurde die Reichs-Betriebszellenabteilung als „die politische und organisatorische Spitze der unter dem Namen Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (N.S.B.O.) zusammengefassten Betriebszellen aller Gaue“ vorgestellt. Dabei wurde noch einmal nachdrücklich als Zweck der Organisation die Überwindung des „Marxismus“ betont, da nur so „die jahrzehntelang im Marxismus erzogene Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus und damit für die Nation gewonnen werden“ könne.³³ Die „streng vertraulichen Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ von 1930 beinhalteten als Aufgabenstellung nicht nur „die politische Tätigkeit“, sondern zugleich „die gewerkschaftlich-sozialpolitische Arbeit“ in den Betrieben und betonten deren Verknüpfung. Die sozialpolitische Arbeit wurde hier zum Zweck einer eigenständigen betrieblichen Interessenvertretung und zugleich als notwendiges Mittel gefordert, „das Vertrauen seiner Arbeitskollegen zu erringen“. Je mehr dem NS-Aktivisten dies gelinge, umso leichter würde ihm dann seine politische Propaganda fallen.³⁴ Soziale Interessenvertretung im nationalsozialistischen Sinn gehörte also gleichsam zur politischen Aufgabe der offiziell zur „SA der Betriebe“ bestimmten NSBO und stand zu ihr keineswegs im Widerspruch. Sie war immer zugleich Ausdruck des Verlangens wesentlicher Teile des nationalsozialistischen Arbeiteranhangs nach eigenen Schutz- und Vertretungsorganen ebenso wie der Erfordernisse der Propaganda im ArbeiterInnenbereich.

³² Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 296.

³³ Anordnung der Reichsorganisationsleitung von Dezember 1930, in: BAArch, NL 41/7, Bl. 183.

³⁴ Vgl. Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre von 1930, in: HStAH, Hann 80, Lbg III, XXX, 170.

Diese Praxis der NSBO hat in der Literatur zu einer Kontroverse geführt, ob in der Organisation, entgegen ihrer Selbstbezeichnung als „politische Kampfform der N.S.D.A.P.“ in den Betrieben,³⁵ letztlich doch eine Gewerkschaft gesehen werden müsse. Wichtiger als die Klärung eines formalen Status erscheint die Frage, welche konkreten gewerkschaftlichen beziehungsweise -ähnlichen Funktionen die Betriebszellen tatsächlich übernahmen oder eben nicht übernehmen konnten oder wollten. So entwickelten sich die Organisationen der NSBO frühestens im Sommer 1932 zu reinen Arbeitnehmerorganisationen.³⁶ Zudem fällt zunächst auf, dass sich die NSBO in dem zentralen gewerkschaftlichen Betätigungsfeld fast völlig abstinenter verhielt. Es lässt sich jedenfalls kein Versuch feststellen, eine eigenständige Tarifpolitik zu entwickeln. Andererseits beteiligten sich Betriebszellen an Arbeitskämpfen, die von Gewerkschaften und später auch spontan von einzelnen Belegschaften gegen den Lohnabbau geführt wurden. Auch zahlte die NSBO für Mitglieder Streik-Ausgesperrten- sowie Gemaßregelten-Unterstützung und gewährte Rechtsschutz und -beratung in arbeits- sowie sozialversicherungsrechtlichen Fragen. Zudem versuchten ihre Mitglieder zunehmend, in die Betriebsvertretungen gewählt zu werden. Die Betriebszellen übernahmen somit (tendenziell) gewerkschaftliche Funktionen.

Zugleich gab es unter NS-Arbeitern, wenn auch minoritäre, „gelbe“ (also „wirtschaftsfriedliche“) Einstellungen und weiterhin Zellen mit Unternehmern als Mitglieder.³⁷ Nicht zuletzt bewegte sich die NSBO

³⁵ Vgl. Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), 4, S. 573–613, hier S. 583.

³⁶ Vgl. hierzu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 303 ff. Zur Frage, wer Mitglied der NSBO sein konnte, Rundschreiben der Reichsbetriebszellen-Abteilung, Nr. 12, Juli 1932, in: BArch, NS 26/283. Da in manchen Betriebszellen auch im Sommer 1932 noch Selbständige (z. B. Handwerksmeister) organisiert waren, sah sich Gregor Straßer veranlasst anzuordnen, dass nur Mitglieder der NSBO werden können, die „unter den Begriff des Arbeitsrechtes fallen“. Dieser Vorgang weist noch einmal auf die Heterogenität der Betriebszellen hin.

³⁷ Für Oktober 1932 lässt sich beispielsweise eine NS-Betriebszelle nachweisen, die noch den Unternehmer beherbergte – wie später die Deutsche Arbeitsfront (DAF), vgl. Rote Erde. Dortmunder Nationalanzeiger. Kampfblatt für nationalsozialistische Politik, 2 (1932), 08.10.1932.

in den vom Parteidiskurs vorgezeichneten ideologischen Bahnen, zielte auf den problemlösenden, sozial ausgleichenden „Führerstaat“ und blieb letztlich der Befehlsgewalt der politischen Leitung einer Partei unterworfen, in der eben vor allem die Interessen von Kleinbürgern und Unternehmern wirksam waren. Das Verhalten der Betriebszellen, speziell in Arbeitskämpfen, blieb so letztlich widersprüchlich und vor allem politischen Konjunkturen unterworfen. Die nationalsozialistischen Betriebszellen sind eben gerade auch im Hinblick auf die gewerkschaftliche Komponente keineswegs als homogenes Gebilde anzusehen. Beispiele sozialer Interessenvertretung von Mitgliedern der Betriebszellen, die geeignet waren, die soziale Glaubwürdigkeit des Nationalsozialismus bei bestimmten ArbeiterInnengruppen zu verbessern, wurden so nicht selten konterkariert durch Inkonsequenzen oder auch Beispiele von Streikbruch.

So kann es nicht überraschen, dass die NSBO, die sich nur zur Hälfte aus NSDAP-Mitgliedern und ansonsten aus „Sympathisanten“ zusammensetzte, trotz ihres kontinuierlichen Mitgliederanstiegs stets nur einen (wenn auch nicht unbeträchtlichen) Teil der Arbeiter-Parteigenossen organisierte. Dies lag keineswegs allein an der Scheu auch von Nationalsozialisten, sich im Betrieb politisch zu „outen“. Als besondere Problemgruppe erwiesen sich vielmehr die anderweitig gewerkschaftlich organisierten Nationalsozialisten. Die offenbar nicht unbeträchtliche Zahl von Doppelmitgliedschaften sollte jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter nationalsozialistischen Gewerkschaftsmitgliedern hartnäckige Vorbehalte gegenüber dem Aufbau einer Art betrieblicher Konkurrenzorganisation zu den Gewerkschaften bestanden, und dass das Engagement von gewerkschaftlich organisierten NSBO-Mitgliedern durch Loyalitätskonflikte und Ausschlussdrohungen ihrer Gewerkschaften beeinträchtigt wurde (zum Teil wurden NSBO-Mitglieder ausgeschlossen, NSDAP-Mitglieder dagegen nicht).³⁸ Hier zeigt sich: Die politische Option von gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten für die NSDAP

³⁸ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 299 f.

führte weder dazu, dass sie „ihrer“ Gewerkschaft, in der sie offensichtlich weiterhin ihre genuine Interessenvertretung sahen, automatisch die Loyalität entzogen, noch war sie per se gleichzusetzen mit einer Zustimmung zum Ausbau der NSBO zu einer Art betrieblicher Konkurrenzorganisation zu den bestehenden Gewerkschaftsverbänden.

Auch heute gelingt es den rechten betrieblichen Einbruchsversuchen noch nicht, das vorhandene AfD-Potential in Betrieb und Verwaltung nennenswert auszuschöpfen. So erklärt beispielsweise ein AfD- und IG-Metall-Mitglied im Betriebsrat von Bosch-Rexroth im Saarland, „sowas wie ein Zentrum Automobil würde ich hier nie aufbauen“. Die politische Ausrichtung vieler Metaller lehne er zwar ab. Eine Gewerkschaft brauche aber möglichst viele Mitglieder, um Rechtsbeistand oder Streikgeld bezahlen zu können: „Alles andere schadet nur den Arbeitnehmern.“³⁹

Gegenüber den sich bildenden Betriebszellen in der Weimarer Republik beharrten NS-Gewerkschafter nicht selten auf einer solchen strikten Aufgabentrennung, die den Gewerkschaften die soziale Interessenvertretung, den Betriebszellen die politische Agitation zuwies. Auch die zufriedene Feststellung der christlichen Gewerkschaftszeitung *Der Deutsche* anlässlich der Betriebsratswahlen 1931, „die Arbeitnehmer [seien] in Gewerkschaftsfragen der Parole der Gewerkschaften und nicht der Partei [der NSDAP, der Verfasser]“ gefolgt,⁴⁰ ist Beleg für die hier vertretene These, dass die Bindung an die Gewerkschaften – neben dem inkonsequenten interessenpolitischen Zuschnitt

³⁹ Vgl. Alexander Demling, Rechtspopulisten wollen Betriebsräte erobern und Unternehmen unterwandern, in: Handelsblatt (online), 15.05.2018, [www.handelblatt.com/politik/deutschland/daimler-bmw-sap-rechtspopulisten-wollen-betriebsräte-erobern-und-unternehmen-unterwandern/22509360].

⁴⁰ *Der Deutsche*. Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft und für ein unabhängiges Deutschland, 13.12.1931. Grundsätzlich zeigten sich Vertreter der christlichen Gewerkschaften durchaus offen für eine Zusammenarbeit mit der NSDAP, vor allem, wenn „sich der soziale [Gregor] Straßer mit seinen Gesinnungsgenossen durchsetzt“ und die Partei von Hugenberg, diesem „General der Sozialreaktionäre“ abrückt. Siehe auch *Der Deutsche*, 23.10.1931 u. 17.11.1931.

der Betriebszellen – ein wesentlicher Grund dafür war, dass es der NSBO trotz ihrer Mobilisierungserfolge zu keiner Zeit gelang, das nationalsozialistische Potential in den Betrieben und an den Stempelstellen vollständig für sich auszuschöpfen.

Die Betriebsratswahlen von 1931, die zum ersten Höhepunkt des Angriffs auf die „stärksten Bollwerke des Marxismus“ werden sollten, bescherten den Nationalsozialisten zwar eine deutliche Zunahme eigener Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte (gegenüber 1930) und verstärkten damit die „sehr gefährliche Tendenz“, vor der die KPD(O) warnte, da der Nationalsozialismus auf diese Weise „an den Lebensnerv der Arbeiterbewegung“ vordringe.⁴¹ Gleichwohl musste ihr Gesamtergebnis eher ernüchternd wirken. Zwar konnte die nationalsozialistische Presse einige mehr oder minder spektakuläre Einzelerfolge speziell in öffentlichen Institutionen und einzelnen industriellen Großbetrieben präsentieren. So erreichte die Liste „Nationale Sozialisten“ beispielsweise bei den Arbeiterratswahlen der Friedrich-Alfred-Hütte der Krupp-AG in Rheinhausen nach eigenen Angaben mit 815 Wählern rund 15 Prozent, bei den Leuna-Werken 11,6 Prozent und bei Siemens-Kabel in Berlin elf Prozent der Stimmen.⁴² Aber nach einer gleichwohl nicht lückenlosen Zusammenstellung der *Gewerkschaftszeitung* gelang es der NSBO in diesem Jahr jedoch nur, in insgesamt 710 Arbeiterräte gewählt zu werden (0,5 Prozent); in den 10.190 Betrieben der Metallindustrie, die von der *Betriebsräte-Zeitschrift* des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) erfasst wurden, votierten bei den Betriebsratswahlen mit 15.499 Wählern lediglich 1,74 Prozent für die NSBO (DMV: 72,19 Prozent).⁴³ Allerdings traten die im Aufbau befindlichen Betriebszellen nur in einer relativ geringen Anzahl der hier berücksichtigten Unternehmen überhaupt zur Wahl an (in der Metallindustrie war das in 147 der erfassten 10.190 Betriebe der Fall). Außerdem kandidierten NSBO-Aktivisten nicht nur auf eige-

⁴¹ Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), 03.05.1930.

⁴² Siehe Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 325.

⁴³ Vgl. ebd., S. 325 ff.

nen Listen, sondern auch auf „nationalen Listen“, wie denen des DHVs, beziehungsweise wählten weiterhin die erprobten Gewerkschaftslisten. Neben einigen Großbetrieben konnte die NSBO Erfolge vor allem in Klein- und Mittelbetrieben sowie in der gewerkschaftlich traditionell schlecht organisierten chemischen Industrie verbuchen (Leuna: 11,6 Prozent, Leverkusen: 13,2 Prozent). Auch schnitt sie unter Angestellten sichtlich besser ab als unter Arbeitern.⁴⁴

Die tatsächliche Stärke der NS-Bewegung in den Unternehmen wird durch die vorliegenden Berechnungen nur unzureichend wiedergegeben. Den Nationalsozialisten gelang es, in einigen Bereichen Teilerfolge (speziell im Angestelltensektor) zu erringen und Brückenköpfe in der sensiblen Machtbastion der ArbeiterInnenbewegung zu bilden. Dennoch ist festzuhalten, dass sie die Vormachtstellung der freien Gewerkschaften in den Betrieben vor ihrer Zerschlagung im Jahr 1933 nicht ernsthaft gefährdeten. Auch bei den Betriebsrätewahl vom März 1933 errangen die freien Gewerkschaften fast drei Viertel der Mandate.⁴⁵

Betriebliche Praxis und Verhalten bei Arbeitskämpfen

Über die tatsächliche Amtsauffassung und betriebliche Praxis der in die Betriebsräte gewählten Nationalsozialisten liegen leider nur sehr wenige Informationen vor. Gleichwohl legen diese den Schluss nahe, dass vor dem Hintergrund betrieblicher Konflikte und ihres „gesunden Klasseninstinktes“⁴⁶ nicht wenige dieser Betriebsfunktionäre um eine ernsthafte und konsequente betriebliche Interessenvertretung bemüht waren, die sich allerdings letztlich nicht von den bornierten Grundlagen

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 330 ff., 328.

⁴⁵ Bei den Betriebsrätewahlen im März 1933, bei denen allerdings nur in 1.387 Betrieben insgesamt 9.235 Betriebsräte gewählt wurden, erzielte die NSBO rund 11,7 Prozent, die freien Gewerkschaften 73,4 Prozent, die christlichen Gewerkschaften 7,6 Prozent und die Rote Gewerkschaftsopposition 4,9 Prozent, Siehe: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des ADGB, 43 (1933), Nr. 17, 29.04.1933, S. 270.

⁴⁶ Gewerkschaft. Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 22.10.1930, S. 10, siehe auch Vorwärts. Berliner Volksblatt. das Abendblatt der Hauptstadt Deutschlands, 29.09.1932.

der nationalsozialistischen Sozialideologie lösen konnte. Die Gründe ihrer Erfolge müssen in eben diesem Spannungsfeld gesucht werden.

So organisierte beispielsweise die Fachgruppe Post der Nationalsozialisten Großberlins Ende 1930 gegen die anhaltenden Personalabbaumaßnahmen eine „Protestkundgebung“ der Beschäftigten, auf der eine Resolution verabschiedet wurde, die unter anderem die sofortige Wiedereinstellung sämtlicher Entlassener und die Festlegung einer mindestens 14-tägigen Kündigungsfrist forderte sowie eine Verlängerung der Urlaubszeit.⁴⁷ NS-Betriebsfunktionäre im Werk der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I. G. Farben) in Frankfurt-Höchst kritisierten 1930 die Erhöhung des „Gewinnanteils für die Geldgeber“ des Unternehmens, obwohl gleichzeitig die Entlassungswelle im Werk ungebremst weiterginge. Verantwortlich für diesen „Gegensatz“ machten sie allerdings bezeichnenderweise nicht die eigene Konzernleitung, sondern ausschließlich die Herrschaft der „Raffenden“, die „in den Sitzungszimmern der Banken [...] zu Hause sind“.⁴⁸ Die Gruppe „Nationale Sozialisten“ des Angestelltenrates der Friedrich Krupp AG wandte sich 1931 unter Berufung auf das Betriebsrätegesetz mit Vorschlägen „zur Vermeidung weiteren Personalabbaus“ an das Direktorium der Firma, die unter anderem die „Senkung der überhöhten Spitzengehälter um 50 Prozent, die Pensionierung aller Angestellten über 58 Jahre“, aber eben auch die Entlassung sogenannter „Doppelverdiener“ vorsahen: bei unvermeidlichen Entlassungen seien jedenfalls in erster Linie diejenigen weiblichen Angestellten zu entlassen, „die nicht allein stehen oder nicht für den Lebensunterhalt von Angehörigen aufzukommen haben“.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. Der Angriff vom 6. November 1930.

⁴⁸ Vgl. Nachrichtenblatt Nr. 2 der Nationalsozialistischen Betriebszelle im I.G.-Farben-Werk Höchst am Main vom Mai 1930, in: BArch, NS 26/20.

⁴⁹ Arbeitertum. Blätter für Theorie u. Praxis d. nationalsozialist. Betriebsorganisation vom 15. Dezember 1931, S. 17f. So begrüßten NSBO-Funktionäre allerdings gemeinsam mit dem gesamten Angestelltenrat des IG-Werkes Höchst ausdrücklich die Kündigung einer Kollegin, die sich verheiratet hatte. Vgl. Nachrichtenblatt Nr. 6 der Nationalsozialistischen Betriebszelle im I.G.-Farben-Werk Frankfurt-Höchst vom August 1930, in: BArch, NS 26/280.

Zudem intervenierten NSBO-Aktivist*innen immer wieder gegen die „Überstunden-Schieberei“, so auch noch im Mai 1933. Bevorzugte Betätigungsfelder waren dabei offensichtlich insbesondere Fragen der betrieblichen Sozialeinrichtungen und der Beschaffenheit des Arbeitsumfeldes, also Bereiche, wie sie später für die Aufgaben des Amtes „Schönheit der Arbeit“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF) typisch waren. Kritisiert wurden etwa mangelnde Schutzvorschriften, unzureichende hygienische Einrichtungen oder unangemessen weite Kantinenwege. Gefordert wurden unter anderem die Anschaffung von Spindeln oder auch eine ausreichende Beleuchtung.⁵⁰ Andererseits zeigten sich die NSBO-Funktionäre mitunter durchaus aufgeschlossen gegenüber unternehmerischen „Sachzwangargumenten“. So stimmte beispielsweise 1931 ein nationalsozialistischer Betriebsrat in Heidenheim (wohl mit der Mehrheit seiner freigewerkschaftlichen Kollegen) der Abschaffung eines übertariflich gewährten Urlaubstages zu, um der Gefahr einer Betriebseinschränkung zu begegnen.⁵¹

Das Schicksal des Betriebsrats im angestrebten „Dritten Reich“ sahen die entscheidenden Protagonisten des nationalsozialistischen Arbeiterflügels ebenso wie die Gesamtpartei programmatisch allerdings durch das (staatlich kontrollierte) Führerprinzip bestimmt, das auch im Betrieb zur Anwendung kommen sollte, denn „wie überall im Staate und im Leben des Volkes kennt der Nationalsozialismus keine Abstimmung, sondern nur eine Führung“.⁵² Den Vertretern der betrieblichen „Gefolgschaft“ blieb damit erklärtermaßen – wie es später im Vertrauensrat, mit dem Unternehmer als „Betriebsführer“, realisiert wurde – nur noch die Rolle von „Beratern“.

⁵⁰ Vgl. hierzu und zu weiteren Beispielen der NS-Betriebsratsarbeit Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 316 ff.

⁵¹ Vgl. zu diesen Vorfällen ebd., S. 314 f.

⁵² Niedersächsischer Beobachter. Kampfblatt für den nationalen Sozialismus, 21.02.1931.

Die Streikfrage

Die entscheidende Bruchstelle für den Kampf um Glaubwürdigkeit im Betrieb war das Verhalten der Nationalsozialisten bei Streiks, bestand doch ein wesentlicher Abwehrschirm der Arbeiterbewegung in dem Vorwurf, die Nationalsozialisten seien eine streikbrechende „Schutzgarde des Unternehmertums“.⁵³ Da Streiks in den Augen der Nationalsozialisten grundsätzlich schädlich für Nation und Wirtschaft waren, konnten sie im sich abzeichnenden „Dritten Reich“, in dem der Führerstaat für den sozialen Ausgleich sorgen würde, nicht mehr geduldet werden. Während der liberal-kapitalistischen Fehlentwicklung der Weimarer Republik jedoch mochten sie unter Umständen als „Notbehelf“, „als letztes Mittel der Arbeitenden“ zur Durchsetzung „berechtigter“ Forderungen erforderlich und zu unterstützen sein.⁵⁴

Die Parteiführung stand aber nicht allein vor dem Problem der praktischen Bestimmung des Wortes „berechtigt“. Folgenreich war auch die Auswirkung der Beteiligung an Streiks auf die widersprüchlichen Interessenlagen der eigenen Volksbewegung, die eben, worauf die *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* (SAZ), Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands 1932 hinwies, den „Unternehmer und den Arbeiter für ihre Bewegung gewinnen [wollte und] deshalb eine Doppelrolle spielen [mußte], die ihnen bei Streiks der Arbeiter einige Schwierigkeiten bereite“.⁵⁵ Dieser Balanceakt, der keineswegs immer glückte, stellte die NSDAP-Führung sowohl bei Streikteilnahmen ebenso wie bei Streikbruch von Nationalsozialisten immer wieder vor nachhaltige Rechtfertigungsprobleme und führte, wie der *Vorwärts* im selben Jahr spöttisch anmerkte, insgesamt zu einem „bezeichnenden

⁵³ Werner Hirsch, zitiert nach Theo Pirker, *Komintern und Faschismus 1920–1940*, Stuttgart 1965, S. 155, siehe auch *Vorwärts*: Berliner Volksblatt. das Abendblatt der Hauptstadt Deutschlands, 20.09.1932, sowie *Gewerkschaft* (wie Anm. 46) vom 22. Oktober 1930, S. 10.

⁵⁴ *Arbeitertum* (wie Anm. 49), 15.08.1932, S. 4; siehe auch Bons, *Nationalsozialismus* (wie Anm. 6), S. 341 f.

⁵⁵ *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* (SAZ). Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 05.11.1932.

Hüh und Hott“ in ihrer Streikpolitik.⁵⁶ So finden sich zahlreiche Beispiele aktiver Streikteilnahme von NSBO-Aktivsten, die mitunter bis in die Streikleitungen führten und von der Presse der NSBO meist groß herausgestellt wurden. Andererseits finden sich gleichzeitig Fälle der Ablehnung und auch des Abbruchs von Streikbeteiligungen sowie eben von Streikbruchaktionen, die aber kaum von NSBO-, sondern eher von arbeitslosen SA-Aktiven begangen wurden. Bisweilen verlief die Frontlinie zwischen streikenden und streikbrüchigen Beschäftigten auch quer durch die nationalsozialistischen Belegschaftsmitglieder selbst, die eben gewerkschaftspolitisch keine homogene Gruppe darstellten.⁵⁷

Gegen den „Herrenclub“ von Papen und die Streikoffensive der NSBO 1932

Zu einer bemerkenswerten Streikoffensive der NSBO kam es im Herbst 1932.⁵⁸ Die NSDAP, die stets ihre fundamentale Opposition zum Regierungssystem der Weimarer Republik betont hatte, sah sich im Juli 1932 mit Vorwürfen konfrontiert, sie würde das sozial-reaktionäre Präsidialkabinett um Franz von Papen, den „Herrenclub“, tolerieren.⁵⁹ Nach der Reichstagswahl vom Juli, in der eine relative Stagnation des rasanten Aufstiegs der Partei zum Ausdruck kam, und dem vorläufigen Scheitern ihres Machtanspruchs im August (Hitler war nicht zum Reichskanzler ernannt worden), erfolgte ein scharfer politischer Kurswechsel. Der „reaktionären Clique“ um von Papen wurde nun der „schärfste Kampf“ angesagt und das Wahlziel formuliert, „große Wäh-

⁵⁶ Vorwärts, 30.09.1932.

⁵⁷ Vgl. dazu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 344 ff. und S. 354.

⁵⁸ Z. B. auch bei den Hafendarbeitern und Seeleuten; siehe dazu: Thomas Siemon, Ausbüxen Vorwärtskommen, Pflicht erfüllen. Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930–1939, Bremen 2002, S. 452 ff. Siemon zeigt auf, wie aktionistisch die NSBO gegen Unternehmer sogar entgegen den Parteivorgaben vorging, was zu erheblichen Konflikten NSBO–NSDAP vor Ort führte; dazu auch Peter Kuckuk, Seefahrt unter dem „Hungerhaken“: die Bemühungen der Nationalsozialisten um die politische Organisation der deutschen Seeleute, in: Deutsches Schiffsarchiv, 21 (1998), S. 101–121.

⁵⁹ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 373 f.

lerrmassen aus der marxistischen Front herauszubrechen“.⁶⁰ Der Angriff auf die Betriebe wurde entsprechend intensiviert. Damit verbunden war eine stärkere Betonung sozialer Forderungen (vor allem im Hinblick auf ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm) und eine Radikalisierung der Streikpraxis, die es der NSBO erlaubte, sich nunmehr offiziell auch an (den bislang von der Partei und auch der NSBO missbilligten) so genannten „wilden Streiks“ zu beteiligen.⁶¹

Gegen weitere tarifliche Lohnsenkungen in der Krise, die vor allem auf Basis einer Notverordnung der Regierung von Papen vom 5. September 1932 erfolgten, wehrten sich die Lohnabhängigen mit hunderterten von spontanen Streiks (wohl um die 1.000), an denen sich auch die NSBO beteiligte. In einigen Fällen gelang es ihr (keineswegs nur in dem von der Literatur überstrapazierten BVG-Streik),⁶² in (unterschiedlich politisch zusammengesetzte) Streikleitungen gewählt zu werden.⁶³

Der „kunterbunte Interessentenhaufen“⁶⁴ der nationalsozialistischen Volksbewegung hatte seinen Spagat allerdings spürbar überdehnt: Der neue Kurs führte in den Reihen seines bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anhangs und Umfeldes zu merklichen Verunsicherungen. So warnten beispielsweise der deutsch-völkische Schriftsteller Hans Grimm und der ehemalige Sozialdemokrat August Winnig die NSDAP, sich „nicht ‚auf jene starre Arbeitnehmer-Politik treiben zu lassen‘, von wo aus nur Politik ‚marxistischen Stils‘ getrieben werden könne“,⁶⁵ ähnlich einer Kritik „in den Kreisen der führenden Herren der Wirt-

⁶⁰ Vgl. Denkschrift des NSDAP-Gaues Süd-Hannover-Braunschweig zur Reichstagswahl vom 6. November 1932, in: HStAH, Hann 310 I, E 23, Bl. 66 ff., Bl. 128 f.; vgl. auch VB (wie Anm. 4), 27.08.1932 und vom 29.10.1932.

⁶¹ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 374 f. und Arbeitertum (wie Anm. 49), 15.08.1932, S. 4.

⁶² Anfang November 1932 streikten die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG). In der Streikleitung befanden sich neben Freigewerkschaftern auch KPD- und NSBO-Anhänger. Von der Totalitarismusedeologie wird dieser Umstand als politische Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Nazis vereinnahmt. Vgl. dazu Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 382 ff.

⁶³ Vgl. ebd., S. 381–394. Diese spontane Streikwelle hat in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung bisher bemerkenswert wenig Beachtung gefunden.

⁶⁴ Metallarbeiterzeitung. Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 27.08.1932.

⁶⁵ VB, 25./26.09.1932.

schaft“.⁶⁶ Hier zeigt sich das grundsätzliche Dilemma einer nationalsozialistischen Arbeiterpolitik: Volksgemeinschaft und Klassenkampf sind nun mal unvereinbar.

Dieser Widerspruch zwischen einerseits dem Versprechen, die Interessen aller Deutschen in der Volksgemeinschaft einzulösen, und andererseits dem Zwang der Positionierung in polarisierenden Klassenfragen und Arbeitskämpfen, begleitet die völkische Rechte bis heute. So erfuhr der Kurs des „Nationalen Sozialismus“ der NPD der späten 1990er Jahre eine ähnliche Ablehnung durch der Partei eigentlich zugeneigte bürgerliche Kreise, beispielsweise in einem Leserbrief an die *Deutsche Stimme* vom September 2000.⁶⁷

Der neue Kurs der NSDAP führte im Herbst 1932 jedenfalls zu Parteiaustritten und Amtsniederlegungen, zu einer „Flucht“ von Teilen des verschreckten bürgerlichen Anhangs zu von Papen und Hugenberg, die entscheidend zur Wahlniederlage im November beitrug.⁶⁸ Die Folge war ein erneuter Kurswechsel der Partei, der die Handlungsmöglichkeiten der NSBO in der Streikfrage drastisch einschränkte (Streikbeteiligungen waren nun streng genehmigungspflichtig) – mit dem Ziel, wie die *Sozialistische Arbeiter-Zeitung* im November 1932 urteilte, die davongelaufenen „Spießler“ wieder zu gewinnen.⁶⁹

Auch wenn die Offensive in der Arbeiterfrage vom Herbst 1932 nicht den erhofften Durchbruch für die Nationalsozialisten in den Betrieben brachte und stattdessen spürbar zur Wahlniederlage im November beitrug, kann sie keineswegs als rein dysfunktional für die Ziele der Parteiführung bewertet werden: Zwar war die Masse der ge-

⁶⁶ Schreiben Heinrichsbauer vom 20. September 1932, in: BArch, NS 51/14, Bl. 135 ff.

⁶⁷ „Das Wesen einer Volkspartei ist es aber, daß sie alle Schichten eines Volkes erfolgreich anzusprechen weiß. Deshalb finde ich ihre Sozialismusvorstellungen viel zu einseitig.“ *Deutsche Stimme*, 9 (2000).

⁶⁸ Vgl. Bons, Nationalsozialismus (wie Anm. 6), S. 394 ff.

⁶⁹ Vgl. SAZ (wie Anm. 55), 18.11.1932. An diesem Widerspruch und Interessengegensatz suchte etwa die KPD politisch anzusetzen: „Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen die proletarischen und werktätigen Anhänger des NS zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Papen-Diktatur gewinnen und von der Rolle der Hitler-Partei als der Terror- und Streikbruchorganisation des Finanzkapitals überzeugen.“ (KPD-Partei-konferenz, Oktober 1932, in: HStAH, Hann 80, H II/723, Bl. 105; siehe auch SAZ, 12.11.1932.

werkschaftlich eingestellten und geschulten Teile der ArbeiterInnenklasse durch die inkonsequente Streikpolitik der Nationalsozialisten kaum derart zu beeindrucken, dass sie deren grundsätzliche politische, obrigkeitstaatliche Einstellung zur sozialen Frage aus den Augen verloren hätte. Gleichwohl verfügte die NSDAP mit ihren Betriebszellen inzwischen über Brückenköpfe in den Betrieben, die die proletarische Widerstandsbasis an ihrer sensibelsten Stelle trafen, zeigte sich die sozial- und streikpolitische Offensive von Partei und NSBO doch als durchaus geeignet, ihre Glaubwürdigkeit bei ideologisch anfälligen Arbeiterinnen und Arbeitern zu stützen und weniger gefestigte Belegschaftsteile zu verunsichern. Sie dürfte auf diese Weise dazu beigetragen haben, dass in den Berliner Großbetrieben, wie ein Polizeibericht vom Februar 1933 resümierte, „ein ziemlich zerrissenes Bild herrsche“.⁷⁰

Fazit

Die Entmachtung der NSBO, die wie die SA auch nach dem 30. Januar 1933 auf spontane, eigenständige Aktionen nicht verzichtete, erfolgte im Zuge der allgemeinen historischen Entrechtung der abhängig Beschäftigten.⁷¹ Die NSBO ging wesentlich in der DAF auf, die über keinerlei gewerkschaftliche Funktionen verfügte. Der sich entwickelnde Geheimdienst der DAF konnte dabei auf eine getarnte Abwehr-Abteilung der NSBO zurückgreifen, die im Frühjahr 1933 an der terroristischen Zerschlagung der ArbeiterInnenorganisationen an exponierter Stelle beteiligt gewesen war.⁷² Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, der Durchsetzung des Führerprinzips in der Politik sowie dessen Übertragung auf den Betrieb (Vertrauensrat statt Betriebsrat mit dem Unternehmer als „Führer“) und dem faktischen Streikverbot erwies sich die Volksgemeinschaft als vollständige politische und soziale Entmündigung der Lohnabhängigen. Das Beispiel der NSBO, die wesentlich

⁷⁰ Polizeibericht vom 2. Februar 1933, in: BAArch, R 58/508, Bl. 63 ff.; siehe zu diesem Problem auch SAZ (wie Anm. 55), 10.11.1932.

⁷¹ Vgl. Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler?, Frankfurt a. M. u. a. 1987, S. 149.

⁷² Siehe dazu Karl Heinz Roth, Facetten des Terrors. Der Geheimdienst der „Deutschen Arbeitsfront“ und die Zerstörung der Arbeiterbewegung 1933–1938, Bremen 2000.

zu dieser Entwicklung beigetragen hatte, sollte deutlich genug zeigen, wie gefährlich es ist, wenn völkische und obrigkeitsstaatliche Ideologien in den Betrieben und Verwaltungen vordringen, die Belegschaften spalten und die gewerkschaftliche Solidarität gefährden. Gegen die erneuten Versuche, rechte Betriebsgruppen aufzubauen, sind wir alle gefordert.

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik
im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Die Zeitschrift *Widersprüche* ist ein Forum für Theorie und Politik des Sozialen, Kritik und Kontroverse sowie für Entwürfe alternativer Praxis. *Widersprüche* informiert Sie viermal im Jahr kritisch, undogmatisch, theorieorientiert und praxisnah zu einem Schwerpunktthema.

www.widersprueche-zeitschrift.de

Heft 169

Ansprüche und
Herausforderungen des
Antirassismus

2023 – 135 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-009-4

Heft 168

Kritische Soziale Arbeit:
Verteidigen, Kritisieren,
Überwinden: zugleich!

2023 – 126 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-008-7

Heft 167

Recht(s) belastend –
Druck von rechts und
Verhältnisse Sozialer
Arbeit

2023 – 130 Seiten – 15,00 €
ISBN 978-3-98634-007-0



Die *Widersprüche* erscheinen im

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
info@dampfboot-verlag.de | www.dampfboot-verlag.de



DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/81526

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20240209-062230-1

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online. 36 (2024), S. 117-142



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.